

Aufruf an den Bundesrat

Für die Absage des Besuchs von Bundesrat Ueli Maurer beim israelischen Verteidigungsminister

Die Schweiz muss sich glaubwürdig für die Ahndung der Kriegsverbrechen und für die Einhaltung des internationalen Rechtes engagieren

Der für den 8. bis 10. Oktober 2010 angekündigte Besuch des Chefs des VBS, Bundesrat Ueli Maurer, beim israelischen Verteidigungsminister widerspricht grundlegend dem Engagement der Schweiz für einen gerechten, dauerhaften und auf dem Völkerrecht basierenden Frieden im Nahen Osten.

Trotz der Wiederaufnahme von Verhandlungen werden die Menschenrechte in den besetzten Gebieten Palästinas täglich verletzt. Beispiele sind die Angriffe der Armee auf Zivilpersonen, welche gegen die Mauer demonstrieren, die Fortsetzung der Siedlungspolitik in der Westbank, die Beschlagnahmung von Land, Häuserzerstörungen oder massivste Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, auch in Jerusalem. Die elementarsten Rechte von 1,5 Millionen PalästinenserInnen im Gazastreifen werden durch die unmenschliche und illegale Blockade weiterhin gravierend verletzt. Internationale Kräfte, welche versuchen, die Blockade zu durchbrechen, werden auf brutale Weise daran gehindert. Der Staat Israel setzt überdies seine diskriminierende Politik gegen die eigene arabische Minderheit fort, missachtet die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge und stellt sich gegen internationale Konventionen über Atomwaffen und Streumunition.

Die Kriegsverbrechen und die weiteren massiven Verletzungen des Humanitären Völkerrechts, welche vor, während und nach dem militärischen Angriff in Gaza 2008/2009 begangen wurden und im Goldstone-Bericht dokumentiert werden, sind jedoch, abgesehen von marginalen Ausnahmen, noch nicht vor Gericht gebracht und strafrechtlich geahndet.

Die Schweiz hat als Depositärstaat der Genfer Konventionen eine besondere Verantwortung zur Durchsetzung des Humanitären Völkerrechts. Dem Goldstone-Bericht folgend hat die UNO-Generalversammlung die Schweiz beauftragt, eine Konferenz der Vertragsparteien der Vierten Genfer Konvention einzuberufen. Die Schweiz soll mit diesem Schritt einen Beitrag leisten, um den Schutz der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten durchzusetzen.¹

Der Besuch des schweizerischen Verteidigungsministers bei seinem israelischen Amtskollegen würde eine einseitige Unterstützung der israelischen militärischen Besatzung, sowie ein Einverständnis mit der Straflosigkeit der Verantwortlichen der israelischen Armee bedeuten. Dieser Besuch stände somit in krassem Gegensatz zu den dringend notwendigen diplomatischen Massnahmen zur Durchsetzung des Völkerrechts und zum Schutz der Zivilbevölkerung.

Wir, betroffene Organisationen der schweizerischen Zivilgesellschaft, fordern den Bundesrat auf, den Besuch von Bundesrat Ueli Maurer in Israel abzusagen. Wir fordern die Schweiz auf:

- **die militärische Zusammenarbeit mit Israel und allen Staaten des Nahen Ostens zu sistieren**
- **sich für die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts durch alle beteiligten Parteien einzusetzen**
- **alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um eine sofortige Aufhebung der Blockade des Gazastreifens, sowie die Durchsetzung der Empfehlungen des Goldstone-Berichts zu erreichen**
- **gemäss Auftrag der UNO Generalversammlung (Res. 64/10 vom 5. Nov. 2009) eine Konferenz aller Vertragsparteien der vierten Genfer Konvention einzuberufen, um Massnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten zu ergreifen.**

Unterstützende Organisationen (17.09.2010): BADIL resource center for palestinian residency and refugee rights (Genève), Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Palästina/Israel, BDS Bewegung Schweiz, Centrale Sanitaire Suisse Romande CSS-R, Centre Europe-Tiers Monde CETIM, cfd – Die feministische Friedensorganisation, Collectif Urgence Palestine CUP-Genève, CUP-Neuchâtel, CUP-Vaud, Droit au Retour DAR, Droit pour Tous DpT, Femmes en Noir Genève, Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina, Frauen für den Frieden Biel, Frauen für den Frieden Schweiz, Gerechtigkeit und Frieden in Palästina GFP, Génération Palestine Genève, Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz, Gesellschaft Schweiz-Palästina GSP, Grüne Schweiz, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF) Sektion Schweiz, International Institute for Peace, Justice and Human-Rights – IIPJHR, Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina JVJP, Junge Alternative JA!, Kampagne Olivenöl, Liga der Muslime der Schweiz, medico international schweiz / CSS Zürich, Neue PdA Basel, Schweiz. u. Basler Frauenvereinigungen für den Frieden und den Fortschritt, SP Schweiz, Palästina-Solidarität Region Basel, Religiös-sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz, Schweizerische Friedensbewegung SFB, solidaritéS Ge, Vd et Ne, solidarité sans frontières.

¹ <http://unispal.un.org/unispal.nsf/47d4e277b48d9d3685256ddc00612265/9e2dc747aaed8a4852576d5004e7c68?OpenDocument>